

Teil II Wirtschaftssoziologie der Ukraine

5 Ökonomische Transformation, Privatisierung & Finanzsystem

Robert Kirchner und Garry Poluschkin

1991–2004: Beginn der ökonomischen Transformation

Politische Unabhängigkeit und ökonomische Transformation

Am 24. August 1991 proklamierte das Parlament der Ukraine ihre Unabhängigkeit. Diese Erklärung wurde am 1. Dezember 1991 in einem Referendum mit großer Mehrheit bestätigt. Mit diesem Schritt war die unmittelbare Notwendigkeit verbunden, unabhängige staatliche politische und wirtschaftliche Institutionen zu schaffen, um ein Fundament für wirtschaftliche Reformen zu legen (Beck & Laeven 2005: 12). So wurde beispielsweise die ukrainische Nationalbank im selben Jahr etabliert und eine eigenständige Währung, der „Karbovanets“, eingeführt.

Die mit der Transformation einhergehenden notwendigen Reformen werden unter anderem von Williamson (1990) diskutiert und gehen später als „Washington Consensus“ in die wirtschaftspolitische Literatur ein. Diese beinhalten unter anderem einen Fokus auf schnelle Privatisierung, Reduzierung staatlicher Subventionen, Preisliberalisierung und eine Parallelität dieser Reformen mit dem Ziel, Märkte zu schaffen (Williamson 1990; Roland 2000: 328). Diese Vorschläge sind in der ökonomischen Literatur zur Transformation jedoch keineswegs Konsens. Beispielsweise argumentiert Stiglitz (2008), dass allein die Schaffung von Märkten, wenn sie durch Informationsasymmetrien beeinflusst sind, keine Effizienzgewinne hervorrufen. Ein weiterer Kritikpunkt ist der fehlende Bezug auf die rechtsstaatliche Sicherung von Eigentumsrechten (Murrell 1992; Roland 2000: 331), die einen wichtigen Komplementär der Privatisierung ausmachen.

Privatisierung in der Ukraine

In der Ukraine wird der Beginn der Privatisierung auf das Jahr 1992 datiert, als die Verkhovna Rada die Privatisierung mittels Verkäufe von Unternehmensanteilen an Manager und Mitarbeiter einiger Staatsunternehmen

(„Insider“) beschloss (Shapovalova & Ozymok 2008: 139). Der Anteil des Privatsektors am Bruttoinlandsprodukt lag zwischen 1990 und 1992 konstant bei 10 %. Erst als Institutionen und Definitionen für zu privatisierende Unternehmen geschaffen wurden (Shapovalova & Ozymok 2008: 139ff.; EBRD 1999: 32), erhöhte sich der Anteil des Privatsektors 1993 auf 15 %, und 1994 signifikant auf 30 % und näherte sich damit der Entwicklung in Polen oder Tschechien an (Roland 2000: 232; EBRD 1998: 197). Weitere Privatisierungsschritte beinhalteten Verkäufe von nicht-handelbaren Vouchers zwischen 1994 und 1997. In dieser Zeit wurden etwa 41 % der in einem Staatsfonds gehaltenen Unternehmen privatisiert (Shapovalova & Ozymok 2008: 141). Allerdings wurden trotz steigendem Anteil des Privatsektors keine entscheidenden Reformen zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit durchgeführt. Dieser Aspekt – Privatisierung ohne rechtsstaatliche Sicherung von Eigentumsrechten – ist eine zentrale Kritik am Washington Consensus. Eine 1997 von Johnson, McMillan & Woodruff (1999) durchgeführte Umfrage in fünf Transformationswirtschaften zeigte, dass über 85 % der befragten Unternehmen aus der Ukraine unrechtmäßige Zahlungen für Steuerinspektionen, staatliche Dienstleistungen oder Lizenzen vornahmen, während bei Unternehmen aus Polen nur 1 % für Steuerinspektionen bzw. 19–20 % für staatliche Dienstleistungen oder Lizenzen diesen Aussagen trafen. Auch zeigte die Umfrage, dass in der Ukraine der Anteil der Unternehmen am größten war, die zustimmten, dass Gerichte nicht zur Vertragsdurchsetzung herangezogen werden könnten. Gleichzeitig stieg in der Ukraine der Anteil der Schattenwirtschaft von 12 % 1989 auf 44 % 1995, während in Polen und Tschechien 1995 der Anteil bei 11 % bzw. 13 % lag (Johnson et al. 1997; Roland 2000: 185). Eine weitere Herausforderung lag in Informationsasymmetrien, die im Privatisierungsprozess bedeutsam waren, die Rolle von ausländischen Investoren beschränkten und jene von Insidern stärkten (EBRD 1999: 173). Die fehlenden rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Strukturen zur Durchsetzung von Eigentumsrechten unterschieden die Ukraine damit von ihren Vergleichsländern trotz ähnlichem Anteil des Privatsektors Mitte der 1990er in einer gravierenden Weise, da diese Länder marktwirtschaftliche Reformen bereits seit Ende der 1980er oder Beginn der 1990er Jahre schrittweise durchführten (EBRD 1996: 15).

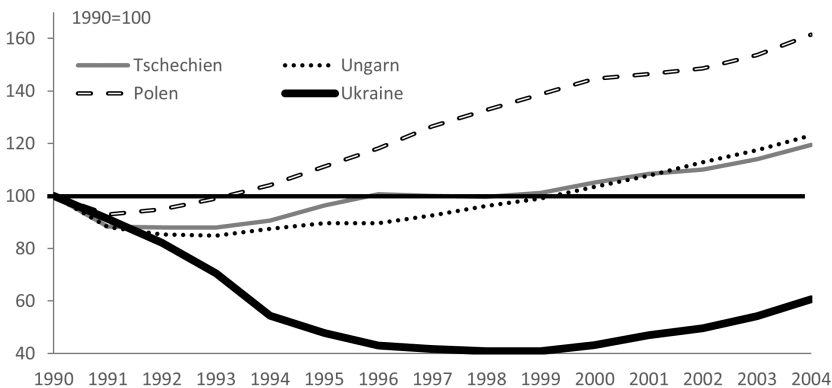
So entstanden in der Ukraine konzentrierte Marktpositionen einzelner Unternehmer vor dem Hintergrund schwacher staatlicher Institutionen. Insbesondere waren fehlende Transparenz in der Eigentümerstruktur und fehlende Reformen im Insolvenzrecht Gründe dafür, dass diese Unterneh-

mer ihren Einfluss im Bankensektor für Eigenkreditvergabe nutzten („related-party lending“; Gontareva & Stepaniuk 2020: 15). So festigten sie ihre Marktposition, versteckten notleidende Kredite und beschränkten den Zugang anderer Unternehmen zu Finanzmitteln (Gontareva & Stepaniuk 2020: 15; 80). Auch nutzten sie ihren politischen Einfluss, um Reformbemühungen in diesen Bereichen einzuschränken und die eigene Wettbewerbsposition zu stärken (EBRD 1998: 197, 1999: 279; Gontareva & Stepaniuk 2020: 80).

Schrumpfung der wirtschaftlichen Aktivität in der Ukraine im internationalen Vergleich

In diesem größeren Zusammenhang ist die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine zwischen 1990 und 2004 zu sehen. Das Bruttoinlandsprodukt fiel 1991 in der Ukraine, in Ungarn, in Tschechien und in Polen gleichermaßen real um etwa 10 %. Allerdings erholten sich die beiden letztgenannten Volkswirtschaften nach diesem Schock kontinuierlich. Tschechien erreichte bereits 1996 wieder das Niveau von 1990, während Polen es sogar schon 1994 um 4 % übertraf. Ungarn stagnierte zunächst leicht, während die ukrainische Volkswirtschaft jahrelang stark schrumpfte und 1996 sogar noch 57 % unter dem Niveau von 1990 lag.

Abbildung 1: Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes 1991 – 2004



Quellen: IWF, Weltbank, OECD

Die fehlenden rechtsstaatlichen Strukturen in der Ukraine hatten einen negativen Effekt auf Investitionen (Johnson et al. 1999; Konings & Walsh 1999) und beschränkten damit Produktivitätssteigerungen. Fehlende Fortschritte in diesem Bereich, hohe Energiepreise und weggefallene Lieferbeziehungen aus der Sowjetunion erklären diesen starken und anhaltenden Rückgang (World Bank 1999). Diese Ausgangslage erlaubte der Ukraine nicht, einen wirtschaftlichen Aufholprozess gegenüber ihren Vergleichsländern zu starten. Polen, Tschechien und Ungarn wurden hingegen bereits 1995 Mitglieder der WTO und machten weitere Reformfortschritte in der Wettbewerbs-, Unternehmens- und Finanzpolitik, um sich den EU-Standards weiter anzunähern (EBRD 1998).

Sektoral machte sich der Niedergang insbesondere in der Landwirtschaft und dem Industriesektor bemerkbar, die 1990 60 % zur Bruttowertschöpfung beitrugen (Shapovalova & Ozymok 2008: 43). Beide Sektoren gingen zwischen 1990 und 1996 um mehr als die Hälfte zurück (Shapovalova & Ozymok 2008: 17; World Bank 1999: 18). Ein Grund für diese Rückgänge waren hohe Energiepreise bei hoher Energieintensität. Andere fundamentale Gründe beinhalteten fehlende private Kapitalinvestitionen im Bereich technologischer Modernisierung, da rechtsstaatliche Reformen, nachhaltige Privatisierungsmaßnahmen und einfacher Zugang zur Bankfinanzierung ausblieben (Shapovalova & Ozymok 2008: 18; World Bank 1999: 18; German Advisory Group 1999: 50).

Fehlende makrofinanzielle Stabilität

Zusätzlich zu fehlenden rechtsstaatlichen Reformen waren die ersten Jahre der Unabhängigkeit geprägt von ausbleibenden Reformen zur Sicherung der makrofinanziellen Stabilität, sodass ein wichtiges Fundament für einen nachhaltigen Wachstumsprozess fehlte. Das Haushaltsdefizit 1992 erreichte 14 % des BIP (Shapovalova & Ozymok 2008: 17) und wurde zu einem großen Teil durch monetäre Haushaltsfinanzierung, d.h. die Notenpresse, finanziert. Kommerzielle Banken unterstützten die staatliche Kreditaufnahme, anstatt private, um ihre Kreditrisiken zu senken (Schrooten & Thießen 1997: 15), und begrenzten mit dieser Politik das Wachstum des Privatsektors.

Ausbleibende Reformen erschwerten den Zugang zu günstigen Finanzierungsquellen durch die Weltbank oder den IWF, sodass die Ukraine auf dem internationalen Kapitalmarkt Kredite zu deutlichen schlechteren Kon-

ditionen aufnehmen musste. Eine kreditfinanzierte expansive Fiskalpolitik und fehlende institutionelle Schritte zur Moderierung der Inflationserwartung führten zu einer über Jahre andauernden Hyperinflation in der Ukraine (Dunn & Lenain 1997: 41ff.). Die Inflation stieg 1993 auf über 10,000 % (!) zum Vorjahr.

Tabelle 1: Entwicklung der Inflation, Jahresende

Jahr	Inflation, % zum Vj.	Jahr	Inflation, % zum Vj.
1991	290,0	1998	20,0
1992	2000,0	1999	19,2
1993	10155,0	2000	25,8
1994	401,1	2001	6,1
1995	181,7	2002	-0,6
1996	39,7	2003	8,2
1997	10,1	2004	12,3

Quellen: IWF, Shapovalova & Ozymok 2008: S. 17

Die 1991 neu eingeführte Währung diente zwar staatlichen Transaktionen, in privaten Transaktionen nahm jedoch zunehmend der US-Dollar die Geldfunktionen, insbesondere die der Wertaufbewahrung, ein (Shapovalova & Ozymok 2008: 24; Curtis et al. 2003: 4). Neben der Schattenwirtschaft nahm auch der Tauschhandel eine große Rolle in der Wirtschaft ein (Marin & Schnitzer 2005). Erst mit der Einführung der Hryvnia (1 = 100.000 Karbovanets; (Shapovalova & Ozymok 2008: 48) mit einem festen Wechselkurs zum US-Dollar und der graduellen Senkung des kreditfinanzierten Haushaltsdefizits stabilisierte sich die Inflation ab 1996 im zweistelligen Bereich.

Der Bankensektor war geprägt von institutionell schwacher Aufsicht, dem Miteigentum politischer Entscheidungsträger, fehlenden Reformen im Insolvenzrecht (Baum et al. 2007; EBRD 1998: 197) sowie von dreistelligen Kreditzinsen in Zeiten der Hyperinflation (Shapovalova & Ozymok 2008: 51). Die Zahl der Banken stieg von 76 im ersten Jahr der Unabhängigkeit auf 231 innerhalb von fünf Jahren. Geringe Eigenkapitalanforderungen und fehlende Instrumente der Bankenaufsicht, insbesondere in Bezug auf notleidende Kredite (Schrooten & Thießen 1997) führten jedoch dazu, dass für

den Sektor wichtige Banken liquidiert wurden. In Abwesenheit einer Einlagensicherung führte dies zur Enteignung von privaten Sparern verschiedener Banken. In diesem Kontext sank das Vertrauen der Bevölkerung in marktwirtschaftliche Institutionen weiter (Shapovalova & Ozymok 2008: 14). Insgesamt war die Unabhängigkeit der Zentralbank der Ukraine in den 1990er weit weniger ausgeprägt als in Polen oder Tschechien (Romelli 2022), die bei der Erfüllung dieses Kriteriums (Kapitel 17 des EU Acquis) für einen späteren EU-Beitritt bereits in den 1990ern wichtige Reformen durchgeführt hatten.

Die Währungskrise 1998

Ausbleibende Steuereinnahmen, auch aufgrund des hohen Anteils der Schattenwirtschaft, waren ein Grund, weshalb das Haushaltsdefizit 1997 trotz Konsolidierungsmaßnahmen bei über 5 % des BIP 1997 verharnte (Shapovalova & Ozymok 2008: 17). Gleichzeitig lagen 1997 die internationalen Reserven mit 2,4 Mrd. USD bei nur 4,7 % des BIP (Shapovalova & Ozymok 2008: 51). Zwar erhielt die Ukraine zwischen 1994 und 1998 vom IWF 3 Mrd. USD im Rahmen von Kreditprogrammen, ein großer Teil des Defizits wurde jedoch ab 1995 durch die Emission inländischer Staatsanleihen (Treasury bills) und einer ersten Eurobond-Anleihe im August 1997 gedeckt (IMF 2022; EBRD 1998). Fiskalische Vulnerabilität und ein fixer Wechselkurs, der nur mit einem geringen Bestand an internationalen Reserven verteidigt werden konnte, waren Gründe für eine Währungskrise (Kaminsky 2003; Markiewicz 2001). Im Zuge der wirtschaftlichen Interdependenz mit Russland, das im Sommer 1998 in eine schwere Finanz- und Währungskrise geriet, verkauften internationale Investoren auch ihre ukrainischen Staatsanleihen und erzeugten einen Abwertungsdruck gegen die Hryvnia. Die Nationalbank verteidigte den Wechselkurs bis die internationalen Reserven 1998 auf unter 1 Mrd. USD fielen (Shapovalova & Ozymok 2008: 17). Im September 1998 wertete die Nationalbank die Währung ab und der Staat musste eine Umschuldung vornehmen (EBRD 1999: 278). Das BIP fiel 1998 um 1,9 % und 1999 um weitere 0,2 % zum Vorjahr. Zur selben Zeit blieben Polen und Ungarn auf dem Wachstumspfad und Tschechiens BIP fiel nur leicht. Damit verzeichnete die Ukraine zwischen 1991 und 1999 jedes Jahr ein negatives Wachstum und lag 1999 damit 59 % unter, während Polen sich bereits 39 % über dem Niveau von 1990 befand.

Erstes Wirtschaftswachstum ab 2000

Die Finanz- und Wirtschaftskrise wurde jedoch durch einen neuen wirtschaftspolitischen Ansatz unter Premierminister Juschtschenko überwunden. Die Fiskalpolitik setzte zu einer Konsolidierung an. Das Haushaltsdefizit erreichte 2000 0,7 % des BIP. Die Subventionen für die Landwirtschaft und der Anteil der Beschäftigung im öffentlichen Sektor wurden dabei gekürzt, die Privatisierung fortgesetzt sowie die Transparenz der Fiskalpolitik verbessert (Shapovalova & Ozymok 2008: 18; German Advisory Group 2001: 40). Weitere institutionelle Veränderungen beinhalteten die Etablierung einer Einlagensicherung für Banken, die 2001 rechtlich umgesetzt wurde (National Bank of Ukraine 2013), Gesetze zur Liberalisierung des Außenhandels, die in Vorbereitung auf den WTO-Beitritt verabschiedet wurden (EBRD 2002: 210) und Änderungen des Zivil- und Handelsrechts 2003, welche die EBRD als wichtige Verbesserung hervorhob (EBRD 2003: 209). Die ukrainische Wirtschaft wuchs im Nachgang dieser Reformen zwischen 2000 und 2003 jeweils real um mehr als 5 % und 2004 sogar um 11,8 %. Das Jahr 2004 verdeutlichte gleichzeitig aber die klaren Differenzen in den Reformpfaden zwischen der Ukraine einerseits und Polen, Tschechien und Ungarn andererseits. Denn die drei letztgenannten Länder wurden nach erfolgreicher Implementierung rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Reformen und der Kopenhagener Kriterien 2004 Mitglieder der EU, während die Ukraine im Bereich Unternehmensführung und Rechtsstaatlichkeit weiterhin kaum Reformfortschritte erzielte (EBRD 2003: 24).

2004/05–2014: Von der Orangen Revolution zum Euromaidan

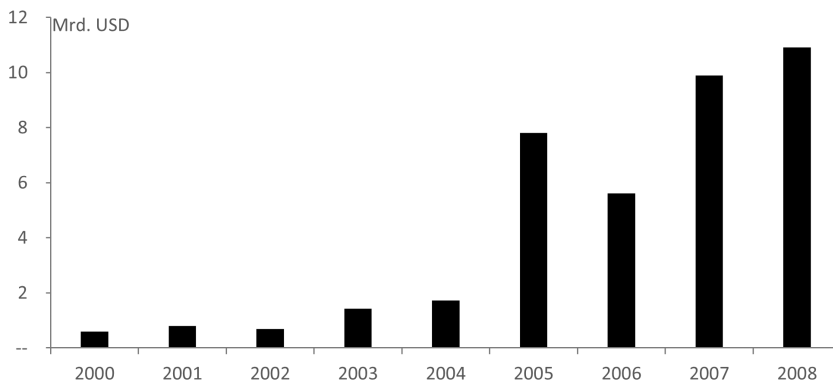
Die Orange Revolution

Die Orange Revolution 2004/05 und die damit einhergehende Unterstützung für die Fortsetzung des Reformweges hatten neben ihrer politischen Bedeutung auch wichtige Implikationen für die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine, auch wenn sich viele der damit verbundenen Hoffnungen vorerst nicht erfüllten.

Der von einer Bevölkerungsmehrheit (Beissinger 2013) angestrebte und erhoffte politische Wandel spiegelte sich auch bei ausländischen Unternehmen und Investoren wider, welche die Ukraine auf ihren Radarschirmen entdeckten. Aufgrund des Reformweges und der positiven wirtschaftlichen

Entwicklung des benachbarten Polens, welches von vergleichbarer Größe ist und damit häufig für Vergleichsmaßstäbe herangezogen wird, hofften Investoren auf eine vergleichbare Entwicklung. Damit erhöhten sich Zuflüsse der ausländischen Direktinvestitionen massiv ab 2005.

Abbildung 2: Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen in die Ukraine



Quelle: Nationalbank der Ukraine

Die Privatisierung von Krivoriizhstal

In diesem Zusammenhang ist die Re-Privatisierung des Stahlwerks Krivoriizhstal zu erwähnen, welches unter der alten Janukowytsch-Regierung in einer fragwürdigen Transaktion an die Oligarchen Akhmetov und Pinchuk 2004 für einen Wert von 800 Mio. USD „privatisiert“ wurde (Council of Europe – Parliamentary Assembly 2006). Diese Transaktion wurde von der neuen Premierministerin Tymoschenko umgehend rückgängig gemacht und eine neue, international transparente Ausschreibung gestartet, die live im Fernsehen übertragen wurde. Den Zuschlag erhielt der internationale Stahlkonzern ArcelorMittal, der für das gleiche Werk die stolze Summe von 4.800 Mio. USD zahlte, also das Sechsfache! Deutlicher war der angestrebte Bruch mit den Praktiken der Vergangenheit nicht zu signalisieren.

Gemischte Reformbilanz

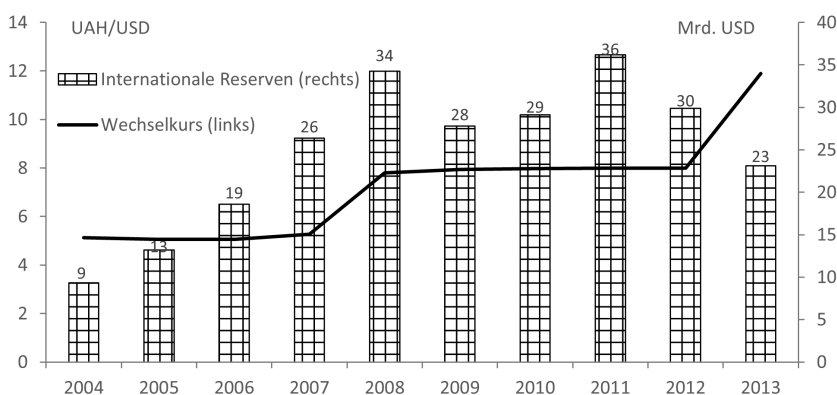
Auch wenn Premierministerin Tymoschenko in ihrem Kampf gegen Oligarchen eine umfassende Re-Privatisierung ankündigte, die kurzfristig für

große Investitionsunsicherheit sorgte, blieb es letztendlich bei dieser einen Transaktion. Die entsprechenden Widerstände von „vested interests“ ließen sich hier nicht überwinden. Auch im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung ließen sich in den Jahren nach der Orangen Revolution keine großen Fortschritte vermelden, zumindest wenn man diese an den hohen Erwartungen misst. Positive wirtschaftliche Entwicklungen waren bei der Handelspolitik zu verzeichnen, als das Land 2008 nach langen Verhandlungen der WTO beitrat. Auch der Beginn der Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der EU, welches zukünftig eine zentrale politische und wirtschaftliche Rolle spielen sollte, fällt in diese Zeit. In der Summe muss eine sehr gemischte Erfolgsbilanz der wirtschaftlichen Reformen in der Zeit der Orangen Revolution gezogen werden.

Makroökonomische Entwicklungen bis zur Globalen Finanzkrise 2008

Ein Großteil der angesprochenen Direktinvestitionen floss in den Banken- und den Immobiliensektor, weniger in den exportorientierten Realsektor. Darüber hinaus verschuldete sich die Ukraine in verschiedenen Sektoren zunehmend in Fremdwährung im Ausland, begünstigt durch einen festen Wechselkurs. Neben den weltweit günstigen Finanzierungsbedingungen und dem genannten Optimismus lief die Wirtschaft aufgrund positiver Terms-of-Trade (z.B. steigende Stahlpreise) sehr gut. So vervierfachen sich die Devisenreserven zwischen 2004 und 2008.

Abbildung 3: Internationale Reserven und Wechselkurs



Quellen: IWF, Nationalbank der Ukraine

Hinter diesen auf den ersten Blick positiven Entwicklungen verbargen sich jedoch eine Reihe gravierender makroökonomischer Schwachstellen, die in der Globalen Finanzkrise von 2008 schonungslos offengelegt wurden. An erster Stelle ist der feste Wechselkurs zum US-Dollar bei gleichzeitiger schrittweiser Öffnung des Kapitalverkehrs und die Dollarisierung zu nennen, der in der Krise massiv unter Druck kam und deutlich abgewertet werden musste (Institute for Economic Research and Policy Consulting & German Advisory Group 2008: 2). Diese Abwertung hatte massive negative Implikationen auf die Bilanzen verschiedener Akteure, die miteinander verbunden waren. So konnten etwa Haushalte und Unternehmen ihre Dollar-Kredite bei Banken nach der Abwertung häufig nicht mehr bedienen, was wiederum die Banken gegenüber ihren Kreditgebern in Verzug brachte. In der Folge musste die Ukraine vom IWF gestützt werden und eine Reihe von Banken nationalisiert werden.

Die Ukraine in der Globalen Finanzkrise 2008/09

Die angesprochenen Fehlentwicklungen sorgten dafür, dass die Ukraine mit einem BIP-Rückgang von 15,1 % (2009) in Europa von der Globalen Finanzkrise am stärksten betroffen war. Tschechiens und Ungarns BIP fielen um 4,7 % bzw. 6,7 %, während Polens Wirtschaft trotz der globalen Krise um weitere 2,8 % stieg. Gleichzeitig muss konstatiert werden, dass die ukrainischen Entscheidungsträger schnell um internationale Finanzunterstützung bemüht waren, um die Folgen der Krise zu begrenzen. So wurde bereits im Herbst 2008 ein großes Kreditprogramm in Höhe von 16,4 Mrd. USD mit dem IWF vereinbart, von denen 14,1 Mrd. USD zwischen 2008 und 2010 ausgezahlt wurden. Schwerpunkte der Konditionalität des Programms lagen in der Anhebung der niedrigen Energietarife und der fiskalischen Konsolidierung, die Einführung eines flexiblen Wechselkurses, Fortschritte hin zu einer unabhängigen und auf ein Inflationsziel fokussierte Nationalbank sowie zielgerichtete Bankenüberwachung (IMF 2008, 2022). In der Folge konnte die Zahlungsfähigkeit des Staates erhalten werden, es kam also zu keinem Default.

Es verwundert vor dem Hintergrund dieser negativen wirtschaftlichen Entwicklung nicht, dass die amtierende Premierministerin Tymoschenko die Präsidentschaftswahl gegenüber ihrem Vorgänger und Oppositionsführer Janukowytsch verlor, der 2010 die Nachfolge von Wiktor Juschtschenko antrat.

Janukowytsch als Präsident – 2010 – 2014

Die Wahl von Wiktor Janukowytsch zum Präsidenten markiert einen Bruch mit der Orangen Revolution, die stark durch die Rivalität der beiden Hauptprotagonisten Juschtschenko und Tymoschenko geprägt war, die sich zunehmend blockierten. Allerdings kam es unter Janukowytsch nach der Globalen Finanzkrise zu keiner wirklichen Erholung bzw. Neubelebung der Wirtschaft. In den Jahren 2010–2013 betrug die durchschnittliche Wachstumsrate des realen BIPs jährlich nur 2,4 %, und die Wirtschaft stagnierte gar 2012 und 2013. Auch die ausländischen Direktinvestitionen blieben niedrig.

In der Wirtschaftspolitik wurden alte Fehler, wie eine Fixierung des Wechselkurses, wiederholt, die bei anhaltendem Druck auf den Wechselkurs zu massiven Reserveverlusten führte (vgl. Diagramm 3). In der Sozialpolitik wurde stark populistisch agiert; etwa über die extrem niedrigen, bei weitem nicht kostendeckende Tarife für Gas und Wärme. Einzig die Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen mit der EU wurden erfolgreich zu Ende geführt, allerdings weigerte sich Präsident Janukowytsch auf Druck Russlands beim Gipfel von Vilnius im November 2013, das Abkommen zu unterzeichnen, was letztendlich in der Euromaidan-Revolution von 2013–14 mündete.

Ökonomische Transformation unter russischer Aggression seit 2014

Makroökonomische Entwicklungen

Nach der Maidan-Revolution 2013/14 war eine wirtschaftliche Rezession zu erwarten, da sich wie beschrieben gravierende wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen unter Präsident Janukowytsch aufgestaut hatten. So wies die Ukraine massive Defizite in der Leistungsbilanz (2013: 9,0 % des BIP und 2014: 3,4 % des BIP 2014) sowie im öffentlichen Haushalt (2013: 6,7 % des BIP und 2014: 10,1 % des BIP¹) auf (sogenannte „Zwillingsdefizite“). Internationale Unterstützung bei der Bewältigung dieser Krise in Form eines IWF-Programms wurde zügig vereinbart. Auch die Weltbank sowie die EBRD unterstützten die Ukraine mit verschiedenen Programmen.

Durch den Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine mit der Besetzung der Krim und Teilen der Oblaste Donetsk und Luhansk entstand

1 Inklusive des Defizites von Naftogaz.

aber sehr schnell eine neue, weitaus dramatischere Sachlage. Durch die Besetzung dieser Landesteile standen plötzlich 10 % der Wirtschaftsleistung nicht mehr unter der Kontrolle der Regierung. Darüber hinaus kam es zur Unterbrechung verschiedener Wertschöpfungsketten, dem Verlust von Teilen der Stahl- und Schwerindustrie im Donbass sowie zu über 1,5 Mio. Binnenflüchtlingen allein bis Oktober 2015 (UNHCR 2015), die untergebracht und versorgt werden mussten.

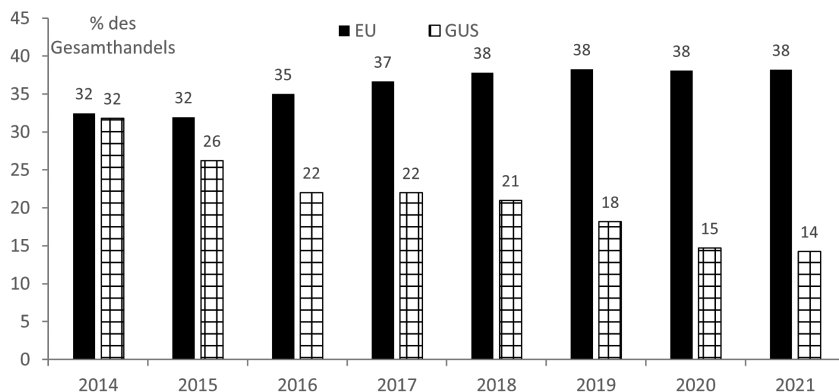
In der Folge kam es 2014/15 mit jährlichen BIP-Rückgängen von 6,6 % und 9,8 % zu einer schweren Rezession trotz umfangreicher internationaler Hilfen. Eine deutliche Abwertung der nationalen Währung (UAH/USD von 7,99 (2013) auf 21,81 (2015)) sowie eine notwendige Restrukturierung der öffentlichen Schulden waren schmerzhaft Begleiterscheinungen dieser wirtschaftlichen Entwicklung. Gleichzeitig trug die makroökonomische Stabilisierungspolitik erste Früchte, und ab 2016 erfolgte der Übergang zu einem moderaten Wachstumsprozess, der bis zur Corona-Pandemie 2020 anhielt.

Reformfortschritte in ausgewählten Bereichen

Alle ukrainische Post-Maidan Regierungen verfolgten eine ambitionierte wirtschaftspolitische Reformagenda, in deren Kern das Thema EU-Integration eine zentrale Rolle einnahm. Hintergrund war der Wunsch, endlich zu den osteuropäischen EU-Mitgliedern wirtschaftlich und sozial aufzuschließen. Vor dem Hintergrund der Maidan-Revolution überrascht es nicht, dass das Thema EU-Assoziierung von Beginn an prioritär verfolgt wurde. Der politische Teil des Assoziierungsabkommens wurde bereits im März 2014 unterzeichnet; der wirtschaftliche Kernbestandteil, die vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) zwischen der EU und Ukraine wurde nach der ukrainischen Präsidentschaftswahl im Juni 2014 unterzeichnet. Das DCFTA wurde aufgrund russischer Bedenken erst ab Anfang 2016 vorläufig angewendet und ist seit 2017 formal in Kraft. So wurden seitens der EU 98 %, und seitens der Ukraine sogar 99 % der Zölle abgeschafft (European Commission 2023). Dieser Schritt unterstützte die Ukraine unter anderem bei ihren Reformbemühungen im Zollwesen und in der Sicherung des geistigen Eigentums. Auch sind die Ukraine und die EU auf Basis des Assoziierungsabkommens in Verhandlungen getreten, um den Handel von Industrieprodukten weiter zu vertiefen. Hierzu soll ein Abkommen über Konformität, Bewertung und Anerkennung gewerblicher Produkte

(ACAA) geschlossen werden, um Prüfungen von Konformitätsanforderungen gegenseitig anzuerkennen (European Commission 2023). Auch dieser Prozess stärkt die Ukraine bei der Implementierung von EU-Standards im Labor- und Produktakkreditierungswesen (German Economic Team 2021).

Abbildung 4: Handel mit Waren und Dienstleistung mit EU und GUS Ländern



Quelle: Nationalbank der Ukraine, *Daten beinhalten nicht die Krim, die Stadt Sevastopol und Teil der besetzten Gebiete der Donetsk und Luhansk Oblast.

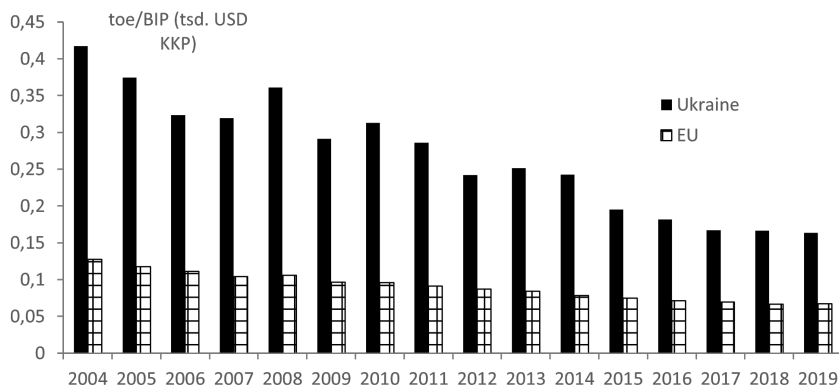
Die Entwicklung des Handels mit der EU unterstreicht die Bedeutung des Abkommens, auch wenn dieses als integrationspolitisches Instrument weit über den Bereich des Handels hinaus geht, und die Angleichung von Standards und Normen an diejenigen der EU durch entsprechende Gesetzgebung in allen wesentlichen Wirtschaftsbereichen der Ukraine umfasst. Neben dem steigenden Anteil der EU am Handel ging parallel der Güter- und Kapitalverkehr mit Russland zurück, was auch Russlands wirtschaftlichen Einfluss auf die Ukraine massiv verringerte.

Zur selben Zeit entwickelte sich der Landwirtschaftssektor der Ukraine sehr positiv. Der verbesserte Zugang zu Technologien durch ausländische Direktinvestitionen steigerte die Produktivität und damit die Exportkapazitäten, sodass die Exporte des Sektors um 420 % (!) zwischen 2005 und 2019 stiegen. Dabei stieg auch der Landwirtschaftsexport in die EU vor dem Hintergrund der engeren Verflechtung zwischen 2015 und 2019 um mehr als 79 %. Insgesamt wuchs der Anteil des Sektors an den Güterexporten von 13 % 2005 auf 45 % 2016 und 48 % 2019. Er spielte damit in der Post-Maidan Wirtschaft eine sehr bedeutsame Rolle. Mit der Einführung eines Landmarktes 2020 wurde das Fundament für die weitere Entwicklung

dieses Sektors gelegt, wobei der Zugang für ausländische Investoren weiterhin beschränkt bleibt.

Die ukrainische Industrie blieb aber gleichzeitig sehr energieintensiv, was insbesondere durch die sehr hohe Importintensität bei strategischen Energieträgern (z.B. Gas) für politische Abhängigkeiten (von Russland) sorgte. (Sozial-)politisch etablierte niedrige Tarife für Gas, Strom und Wärme verfestigten diesen ineffizienten Umgang und generierten massive außenwirtschaftliche und fiskalische Probleme. Seit 2014 wurde das Problem klar erkannt und Schritte unternommen, um den Energiesektor – der stark von Partikularinteressen und Sozialpopulismus geprägt ist – tiefgreifend zu reformieren. Bezüglich der Gasimporte reduzierte die Ukraine kontinuierlich die Abhängigkeit von Russland; auch die Einnahmen aus dem Transit nahmen wirtschaftlich eine immer geringere Rolle ein (2015: 2,0 % des BIP auf 2021: 0,7 % des BIP). Ab 2014 wurden die Tarife für Gas und Wärme teilweise drastisch erhöht, um sich Marktpreisen anzunähern, und die Sozialhilfe auf direkte Zahlungen an Bedürftige umgestellt. Gleichzeitig wurden Mechanismen wie etwa ein Energieeffizienzfonds geschaffen, um Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen zu finanzieren.

Abbildung 5: Energieintensität des BIP



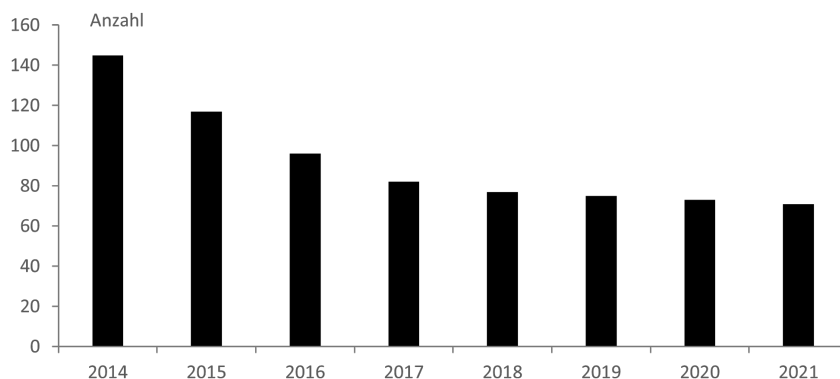
Quellen: Internationale Energieagentur, Eurostat, Weltbank, *Daten ab 2014 beinhalten nicht die Krim, die Stadt Sevastopol und Teil der besetzten Gebiete der Donetsk und Luhansk Oblast.

Im Stromsektor wurde dem Ausbau erneuerbarer Energien vermehrte Aufmerksamkeit gewidmet, um hier auch ein Stück weit die Lücke mit der EU zu schließen. Auch wenn viele Reformen noch nicht abgeschlossen und

in bestimmten Bereichen auch „roll-backs“ zu verzeichnen waren, stimmte die grundsätzliche Reformrichtung in diesem strategisch so bedeutsamen Sektor. Zu betonen ist auch die Implementierung des technischen Maßnahmenkatalogs, die die Grundlage war, dass die Ukraine am 16. März 2022 ihr Stromnetz mit dem der EU verbinden und sich gleichzeitig von Russland abkoppeln konnte. Dieser Schritt erlaubte es, Stromdefizite durch Importe aus der EU auszugleichen und nicht mehr von Russland abhängig zu sein (German Economic Team 2022).

Auch der Bankensektor wurde nach dem Maidan tiefgreifend reformiert. Der Sektor war bis 2015 geprägt von einer Vielzahl von Instituten, die keine wirklichen Bankfunktionen erfüllten, sondern „Pocket Banks“ von Oligarchen waren oder im schlimmsten Fall zur Geldwäsche benutzt wurden (Gontareva & Stepaniuk 2020: 15). Weitere Herausforderungen lagen in der starken Fragmentierung, intransparente Führung, Kreditvergabe an Bankmiteigentümer und ihre Unternehmen, hohe Dollarisierung und Inkonsistenz in der Überwachung notleidender Kredite (ibid.). Die reformorientierte Nationalbank-Gouverneurin Gontareva und ihr Team strukturierten einerseits die Nationalbank (NBU) selbst um, beispielsweise durch die Stärkung kollegialer Entscheidungsprozesse, Verschwiegenheitsklauseln und transparente externe Kommunikation. Auch sank die Mitarbeiterzahl von 12.000 2015 auf 5.300 2019. Darüber hinaus lag der Reformfokus auf den beiden Hauptaufgaben der NBU: die Bankenaufsicht sowie die Geldpolitik. Auch die Zusammenarbeit auf technischer Ebene mit internationalen Organisationen, wie dem IWF, der EU und der Weltbank spielte seit 2014 eine sehr wichtige Rolle und unterstützte die Stabilisierung. Im Rahmen der Bankenaufsicht wurden reihenweise Institute geschlossen, welche die neuen Anforderungen der Aufsicht nicht erfüllen konnten oder wollten – so halbierte sich die Anzahl der Institute von 145 2014 auf 71 2021. Die Privatbank – die größte Bank des Landes – des Oligarchen Kolomojskyj wurde 2016 verstaatlicht. Diese Maßnahmen verkleinerten einerseits den Sektor, andererseits war dieser nun deutlich besser reguliert, widerstandsfähiger und erfüllte seine Kernfunktion – die Kreditversorgung der Wirtschaft – deutlich besser. Auch im Bereich Geldpolitik wurde mit dem Übergang zum *Inflation Targeting* die längst überfällige Abkehr von einem festen Wechselkurs vollzogen, was einen wesentlichen Beitrag zur makroökonomischen Stabilisierung der Ukraine darstellt. So wurde die Nationalbank immer mehr als ein geldpolitisch unabhängiger Akteur international anerkannt (IMF 2021: 18).

Abbildung 6: Anzahl der Banken



Quelle: Nationalbank der Ukraine, *Daten beinhalten nicht die Krim, die Stadt Sevastopol und Teil der besetzten Gebiete der Donetsk und Luhansk Oblast.

Auch die Digitalisierung des Sektors und der Gesamtwirtschaft verdeutlicht verbesserte institutionelle Rahmenbedingungen. So war der IKT-Bereich 2021 der zweitwichtigste Sektor bei den Dienstleistungsexporten. Ebenso ist die Einführung einer digitalen App für staatliche Dokumente (Dia) ein wichtiges Instrument bei der Korruptionsbekämpfung (Khan & Krishnan 2019: 23). Weitere nennenswerte Reformen gab es im Bereich öffentliche Beschaffung, welcher vorher eine Quelle für Korruption darstellte. Die Einführung eines transparenten elektronischen Beschaffungswesens „Pro-Zorro“, welches von vielen ausländischen Partnern unterstützt wurde, ist hier zu nennen. Dieses System, welches international viel Anerkennung erfahren hat, hilft, die Korruptionsrisiken in der öffentlichen Beschaffung zu minimieren und sparte damit den ukrainischen Steuerzahlern viel Geld, allein im Jahr 2021 1,8 Mrd. US-Dollar (Smart Tender 2022).

Neben den oben genannten Reformerfolgen muss aber auch erwähnt werden, dass in vielen anderen Bereichen keine vergleichbaren Fortschritte erzielt wurden. Insbesondere der bereits mehrfach erwähnte Bereich Rechtsstaatlichkeit (Rule of Law) bzw. das Justizwesen haben keine tiefgreifende Reformierung erfahren, was insbesondere durch die Wirtschaft immer wieder negativ angemahnt wurde. So rangierte bei Unternehmensbefragungen dieser Punkt immer wieder auf Rang 1 unter den angesprochenen Problemen (u.a. European Business Association Ukraine 2021; German Advisory Group & German-Ukrainian Chamber of Industry and Commerce 2019), ohne dass es im Zeitablauf hier zu wesentlichen Fortschritten ge-

kommen ist. Dies ist weiterhin eine Bremse für Investitionen, insbesondere für ausländische Direktinvestitionen, die insgesamt ein wichtiger Gradmesser für die Attraktivität des Investitionsstandorts sind. Insgesamt stärkten die implementierten Reformen die wirtschaftliche Resilienz der Ukraine. Die Pandemie führte zu einem Wirtschaftsrückgang von 3,8 %. Dieser Rückgang ist im Vergleich zu vorherigen Krisen sehr moderat. Auf der anderen Seite sind fehlenden Reformen im Bereich Rechtsstaatlichkeit ein wichtiger Grund, weshalb die ukrainische Wirtschaft auch im Jahr 2021 etwa 1/3 unter dem Niveau von 1990 blieb.

Zusammenfassung und Ausblick

Insgesamt waren die ersten 14 Jahre der Unabhängigkeit (1991–2004) der Ukraine geprägt von ausbleibenden Reformen im Bereich Rechtsstaatlichkeit und dem Aufbau wirtschaftlicher Institutionen. Fehlende Eigentumsrechte waren die Hauptursache für geringe Kapitalinvestitionen und die Etablierung einer mächtigen Oligarchie, während fehlende makrofinanzielle Stabilität die Wirtschaft vulnerabel machte. In der Folge schrumpfte die Wirtschaft massiv. Erst nach diesen Erfahrungen wurden im neuen Jahrtausend erste Schritte unternommen, um die institutionellen Rahmenbedingungen zu verbessern, womit auch die ersten Jahre mit positivem Wirtschaftswachstum einhergingen.

Die Orange Revolution verdeutlichte, dass die Bevölkerung einen Reformweg zur Verbesserung institutioneller Rahmenbedingungen forderte und unterstützte. Die öffentlichkeitswirksame Unterstützung und Reprivatisierung von Krivorizhstal waren wichtige Gründe für das stark gestiegene Interesse ausländischer Investoren an der ukrainischen Wirtschaft. Gleichzeitig blieben Reformen zur Sicherung der makrofinanziellen Stabilität weiterhin aus. Die Ukraine verfolgte bis 2015 eine Politik des festen Wechselkurses, bei gleichzeitig stark steigender Auslandsverschuldung. Das Scheitern dieser nicht nachhaltigen makrofinanziellen Politik zeigte sich mit dem hohen Wirtschaftsrückgang im Zuge der globalen Finanzkrise. Im Nachgang wurde mit der Wahl Janukowytsch der zaghafte Reformweg abrupt gestoppt, sodass die Ukraine in den Folgejahren den Wirtschaftsrückgang nicht mehr einholte.

Die wirtschaftliche und politische Lage änderte sich seit der Maidan-Revolution stark. Auf der einen Seite nährte sich die Ukraine durch umfassende Abkommen der EU an, andererseits wurde die wirtschaftliche Ent-

wicklung durch Russlands kontinuierliche Aggression seit 2014 gehemmt. Trotz dieser Rahmenbedingungen war die Ukraine in der Lage umfassende finanz-, bank- und geldpolitische Reformen durchzuführen, ihre Energieintensität zu reduzieren, ein transparentes Ausschreibungswesen einzuführen und einen dynamischen IT-Sektor zu entwickeln sowie insgesamt den wirtschaftlichen Einfluss Russlands zu reduzieren. Allerdings wurden Reformen in der Rechtsstaatlichkeit und im Justizwesen kaum implementiert. Trotz Reformfortschritte im Umfeld des seit 2014 andauernden Krieges blieb die Ukraine insgesamt auch noch 2021 in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung unter dem Niveau von 1990, während Polen um mehr als 200 % und Tschechien und Ungarn um mehr als 70 % in diesem Zeitraum wuchsen.

Doch markiert der Beginn der umfassenden russischen Invasion am 24. Februar 2022 einen massiven Bruch im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Die bisher ungebremsste Zerstörung der wirtschaftlichen Substanz des Landes (Infrastruktur, Kapitalgüter), die Tötung und Vertreibung sowie die Besetzung und Verminung weiter Teile des Landes haben eine massive negative Auswirkung auf die Wirtschaftsleistung des Landes, die 2022 um fast 30 % im Vergleich zum Vorjahr einbrach. Weiterhin sind im Februar 2024 etwa sechs Millionen Geflüchtete aus der Ukraine im Ausland registriert (UNHCR-ODP 2023), und weitere etwa vier Millionen innerhalb des Landes geflüchtet (UN OCHA 2023; Stand September 2023).

Gleichzeitig zahlen sich einige Reformen, vor allem in der Digitalisierung der Wirtschaft, der Handelsliberalisierung mit der EU, der unabhängigen Zentralbankpolitik oder im Stromhandel mit der EU aus. Sie unterstützen die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft und reduzieren die Verwundbarkeiten gegenüber Russland. Mit dem Erhalt des EU-Kandidatenstatus am 23. Juni 2022 und dem Beschluss des Europäischen Rates vom Dezember 2023, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, zeigen sich die Perspektive eines zukünftigen EU-Beitritts ab, der aber weitere Reformen, insbesondere im Justizwesen und bei der Rechtsstaatlichkeit, verlangt.

Auch wenn in Anbetracht der hohen Unsicherheit aufgrund der unvermindert anhaltenden russischen Angriffe keine belastbaren Prognosen möglich sind, sollten zwei Punkte hervorgehoben werden. Erstens ist die wirtschaftliche und finanzielle Resilienz der Ukraine während des andauernden Krieges von entscheidender Bedeutung. Die Ukraine muss mittelfristig massiv mit internationalen Finanzhilfen unterstützt werden, da die Steuerbasis eingebrochen ist, und der Zugang zum privaten Kapitalmarkt nicht mehr gegeben ist. Gleichzeitig sind die (militärischen) Ausgaben

deutlich angestiegen. Diese finanzielle Unterstützung ist für den Fortbestand einer souveränen Ukraine unverzichtbar. Eine komplementäre Form der Unterstützung sollten Maßnahmen zur Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft, auch während des Krieges, sein. Diese Form erfordert begrenzte zusätzliche finanzielle Ressourcen. Stattdessen liegt ihr Fokus auf der Überwindung von externen wirtschaftlichen Hemmnissen. Beispiele sind Politikmaßnahmen, die die Implementierung des bestehenden EU-Freihandelsabkommen gewährleisten, ein verbesserter Zugang zum Europäischen Binnenmarkt, die Ausweitung von öffentlichen Garantiesystemen für private Investitionen und Handel sowie der Ausbau und die Versicherung von Logistikrouten und Transportwegen im Handel. Gleichzeitig arbeitet die Ukraine an Maßnahmen zur Erhöhung der Steuereinnahmen während des Krieges. All diese Maßnahmen haben das Ziel, die finanzielle und wirtschaftliche Resilienz während des Krieges zu stärken, denn diese ist entscheidend zum Überleben des Krieges und damit eine notwendige Bedingung für einen nachhaltigen Wiederaufbau. Zwar wuchs die ukrainische Wirtschaft 2023 mit über 5 % moderat, aber der IWF (2023) schätzt, dass sie auch mittelfristig das Vorkriegsniveau nicht erreichen wird.

Zweitens müssen bereits jetzt die Weichenstellungen für den Wiederaufbau nach dem Krieg gestellt werden. Dieser Prozess wird eine Generationenaufgabe für die Ukraine und ihre Partner darstellen. Hier liegt die Herausforderung nicht nur im schnellen Wiederaufbau der kritischen Infrastruktur inklusive Wohngebäude, deren Zerstörung zwischen Februar 2022 und Januar 2024 auf 155 Mrd. USD geschätzt wird (Kyiv School of Economics 2024). Insbesondere wird die Herausforderung auch im Prozess einer Modernisierung und grünen Transformation im Sinne eines „Build Back Better“ liegen. Der entsprechende Finanzierungsbedarf wird nach Schätzungen der Weltbank et al. (2024) für den Zeitraum zwischen Februar 2022 und Dezember 2023 auf 486 Mrd. USD veranschlagt. Dabei wird die Finanzierung öffentliche und private Ressourcen erfordern. Auch Reparationszahlungen seitens Russlands werden möglicherweise eine Rolle spielen. Dieser Wiederaufbauprozess wird im Einklang und in enger Abstimmung mit den EU-Beitrittsverhandlungen des Landes erfolgen müssen. Hier stehen einzelne Sektoren der ukrainischen Wirtschaft vor großen Aufgaben. Das ultimative Ziel muss sein, die Ukraine mittelfristig auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen und einen wirtschaftlichen Aufholprozess gegenüber Vergleichsländern zu starten. Notwendig dafür sind ein Ende des Krieges, rechtsstaatliche Reformen, ein transparenter und nachhaltiger Wiederaufbau und final die EU-Mitgliedschaft.

Literatur

- Baum, C., M. Caglayan, D. Schäfer & O. Talavera, 2007: Political patronage in Ukrainian banking. Boston College Department of Economics. Boston College Working Papers in Economics (657). <http://fmwww.bc.edu/EC-P/wp657.pdf>.
- Beck, T. & L. Laeven, 2005: Institution Building And Growth In Transition Economies. World Bank Policy Research Working Paper (3657).
- Beissinger, M.R., 2013: The Semblance of Democratic Revolution: Coalitions in Ukraine's Orange Revolution. *American Political Science Review* 107 (3): 574–592.
- Council of Europe – Parliamentary Assembly, 2006: Economic development in Ukraine: a test case for European solidarity. <https://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/X2H-Xref-ViewHTML.asp?FileID=11233&lang=EN> (15.3.2024).
- Curtis, E.S., R. Gardner & C.J. Waller, 2003: Dollarization in Ukraine: 1991 to the Present. Prepared for presentation at the 35th Annual Conference of the Money, Macro and Finance Research Group, September 10–12, 2003. Cambridge, UK.
- Dunn, J. & P. Lenain, 1997: The Role of Monetary Policy in Ukraine's Medium-Term Adjustment Strategy. S. 40–58 in: P. Cornelius & P. Lenain (Hrsg.), *Ukraine, accelerating the transition to market. Proceedings of an IMF/World Bank seminar*. Washington, DC: Internat. Monetary Fund.
- EBRD, 1996: Transition Report 1996: Infrastructure and Savings. European Bank for Reconstruction and Development. London.
- EBRD, 1998: Transition Report 1998: Financial sector in transition. European Bank for Reconstruction and Development. London.
- EBRD, 1999: Transition Report 1999. Ten years of transition. European Bank for Reconstruction and Development. London. <https://www.ebrd.com/downloads/research/transition/TR99.pdf>.
- EBRD, 2002: Transition Report 2002. Agriculture and Rural Transition. European Bank for Reconstruction and Development. London. <https://www.ebrd.com/downloads/research/transition/TR02.pdf>.
- EBRD, 2003: Transition report 2003: Integration and regional cooperation. European Bank for Reconstruction and Development. London. <https://www.ebrd.com/downloads/research/transition/TR03.pdf>.
- European Business Association Ukraine, 2021: Investment Attractiveness Index. <https://eba.com.ua/en/biznes-lidery-deshho-pogirshyly-otsinku-investklimatu-v-ukrayini-opytuvannya-eva/> (15.3.2024).
- European Commission, 2023: Vertiefte und umfassende Freihandelszone EU-Ukraine | Access2Markets. DG Trade. <https://trade.ec.europa.eu/access-to-markets/de/content/vertiefte-und-umfassende-freihandelszone-eu-ukraine> (15.3.2024).
- German Advisory Group, 1999: The next 1000 Days: An Economic Reform Agenda for Ukraine. the German Advisory Group on Economic Reforms with the Ukrainian Government. http://www.ier.com.ua/files/Books/03_1000_days/03_book_1999_Next_1000_Days_eng.pdf.

- German Advisory Group, 2001: The First 365 Days: A Constructive Retrospective of the Economic Reforms in Ukraine in the Year 2000. the German Advisory Group on Economic Reforms with the Ukrainian Government, The Institute for Economic Research and Policy Consulting. Kyiv. http://www.ier.com.ua/files/Books/06_365_dniv/06_book_2001_First_365_Days_eng.pdf.
- German Advisory Group & German-Ukrainian Chamber of Industry and Commerce, 2019: Unlocking investments through reforms: Proposals from German business in Ukraine. Policy Study 03/2019. https://www.german-economic-team.com/wp-content/uploads/2022/03/GAG_UKR_PS_03_2019_en.pdf.
- German Economic Team, 2021: The forthcoming ACAA between the EU and Ukraine: What to expect. Policy Study 02/2021. https://www.german-economic-team.com/wp-content/uploads/2021/11/GET_UKR_PS_02_2021.pdf.
- German Economic Team, 2022: Die Ukraine synchronisiert ihr Stromnetz mit der EU. <https://www.german-economic-team.com/newsletter/die-ukraine-synchronisiert-ihr-stromnetz-mit-der-eu-2/> (15.3.2024).
- Gontareva, V. & Y. Stepaniuk, 2020: Mission possible. The true story of Ukraine's comprehensive banking reform and practical manual for other nations. The London School of Economics and Political Science – Institute of Global Affairs. London. <https://www.lse.ac.uk/iga/assets/documents/publications/2020/Mission-Possible-the-true-story-of-Ukraines-comprehensive-banking-reform-and-practical-manual-for-other-nations.pdf>
- IMF, 2008: IMF Approves US\$16.4 Billion Stand-By Arrangement for Ukraine. International Monetary Fund External Relations Department. <https://www.imf.org/en/News/Articles/2015/09/14/01/49/pr08271> (15.3.2024).
- IMF, 2021: Ukraine: First Review Under the Stand-By Arrangement, Requests for Extension and Rephasing of Access of the Arrangement, Waivers of Nonobservance of a Performance Criterion, Financing Assurances Review, and Monetary Policy Consultation. Press Release; Staff Report; and Statement by the Executive Director for Ukraine. International Monetary Fund. IMF Country Report 21/250.
- IMF, 2022: Transactions with the Fund, Ukraine from May 01, 1984 to September 30, 202. https://www.imf.org/external/np/fin/tad/extransl.aspx?memberKey1=993&endDate=2099-12-31&finposition_flag=YES (15.3.2024).
- IMF, 2023: Ukraine: 2023 Article IV Consultation, Second Review Under the Extended Arrangement Under the Extended Fund Facility, and Requests for Modification of Performance Criteria and a Waiver of Nonobservance of Performance Criterion. -Press Release Staff Report; and Statement by the Executive Director for Ukraine. International Monetary Fund. IMF Country Report 23/399.
- Institute for Economic Research and Policy Consulting & German Advisory Group, 2008: Learning to float: Recommendations on exchange rate policy in Ukraine during the transition period towards inflation targeting. Policy Paper (01). http://www.ier.com.ua/files/publications/Policy_papers/German_advisory_group/2008/pp_01_2008_en.pdf.
- Johnson, S., D. Kaufmann & A. Shleifer, 1997: The Unofficial Economy in Transition. *Brookings Papers on Economic Activity* 1997 (2): 159–239.

- Johnson, S., J. McMillan & C. Woodruff, 1999: Property Rights, Finance and Entrepreneurship. CESifo Working Paper Series No. 212. Munich.
- Kaminsky, G., 2003: Varieties of Currency Crises. NBER Working Paper Series (10193). Cambridge, MA.
- Khan, A. & S. Krishnan, 2019: Conceptualizing the impact of corruption in national institutions and national stakeholder service systems on e-government maturity. *International Journal of Information Management* 46: 23–36.
- Konings, J. & P.P. Walsh, 1999: Disorganization in the process of transition. *Economics of Transition* 7 (1): 29–46.
- Kyiv School of Economics, 2024: \$155 billion — the total amount of damages caused to Ukraine's infrastructure due to the war, as of January 2024. Kyiv School of Economics. <https://kse.ua/about-the-school/news/155-billion-the-total-amount-of-damages-caused-to-ukraine-s-infrastructure-due-to-the-war-as-of-january-2024/> (15.3.2024).
- Marin, D. & M. Schnitzer, 2005: Disorganization and financial collapse. *European Economic Review* 49 (2): 387–408.
- Markiewicz, M., 2001: The Ukrainian Crisis of 1998. S.53–64 in: M. Dąbrowski (Hrsg.), *The episodes of currency crisis in the European transition economies*. Warsaw: Center for Social and Economic Research.
- Murrell, P., 1992: Evolution in Economics and in the Economic Reform of the Centrally Planned Economies in: C.K. Clague & G.C. Rauser (Hrsg.), *The emergence of market economies in Eastern Europe*. Cambridge, Mass.: Blackwell.
- National Bank of Ukraine, 2013: Over the past 15 years, the Deposit Guarantee Fund has paid out approximately UAH 7 billion in compensation to 400 thousand depositors. <https://bank.gov.ua/en/archive-news/all/2907243-over-the-past-15-years-the-deposit-guarantee-fund-has-paid-out-approximately-uah-7-billion-in-compensation-to-400-thousand-depositors> (15.3.2024).
- Roland, G., 2000: *Transition and Economics. Politics, Markets and Firms*. Cambridge: MIT Press.
- Romelli, D., 2022: The political economy of reforms in Central Bank design: evidence from a new dataset. *Economic Policy* 37 (112): 641–688.
- Schrooten, M. & U. Thießen, 1997: Russia and the Ukraine: the State of the Banking Sector Remains Precarious. DIW Weekly Reports 3, S. 9–18. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.359848.de/diw_eb_1997-03-3.pdf.
- Shapovalova, N. & I. Ozymok, 2008: The Economy of Ukraine: Macroeconomy and Welfare & Financial Services. Paper prepared in the framework of the project: Integration Perspectives and Synergic Effects of European Transformation in the Countries Targeted by EU Enlargement and Neighbourhood Policies. Kyiv.
- Smart Tender, 2022: Results and Major Changes in the Prozorro System in 2021. <https://smarttender.biz/en/blog/view/results-and-major-changes-in-the-prozorro-system-in-2021/> (15.3.2024).
- Stiglitz, J.E., 2008: Is there a Post-Washington Consensus Consensus? S. 41–56 in: N. Serra & J.E. Stiglitz (Hrsg.), *The Washington consensus reconsidered. Towards a new global governance*. Oxford: Oxford University Press.

- UN OCHA, 2023: Ukraine Displacement Data: IDP Estimates [IOM DTM. United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. <https://data.humdata.org/dataset/ukraine-idp-estimates>.
- UNHCR, 2015: Ukraine Fact Sheet. <https://www.unhcr.org/news/ukraine-fact-sheet> (15.3.2024).
- UNHCR-ODP, 2023: Ukraine Refugee Situation. Operational Data Portal. UNHCR Operational Data Portal. <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>.
- Weltbank, die ukrainische Regierung, Europäische Union, UN, 2024: UKRAINE Third Rapid Damage and Needs Assessment (RDNA3) February 2022 – December 2023. <https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-02/UA%20RDNA3%20report%20EN.pdf>.
- Williamson, J. (Hrsg.), 1990: *Latin American adjustment. How much has happened?* Washington, DC.
- World Bank, 1999: Ukraine: restoring growth with equity – a participatory country economic memorandum. The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank. <https://documents.worldbank.org/en/publication/document/s-reports/documentdetail/131241468781763797/ukraine-restoring-growth-with-equity-a-participatory-country-economic-memorandum> (15.3.2024).

